

US-Demokraten Viel Geld - aber keine Vision

Scheint es aus europäischer Perspektive vielfach so, als hätte George W. Bush sein Präsidentenamt durch den unter falschen Voraussetzungen und Begründungen begonnenen Irak-Feldzug verspielt, mangelt es der Demokratischen Partei in diesem Wahlkampf an überzeugenden positiven Zukunftsvisionen für den amerikanischen Wähler. Ist John F. Kerry letztlich die große Chance für John W. Bush? Die in New York lebende Juristin Constanze Stropp berichtet für forum von ihren Eindrücken aus den USA.

John F. Kerry und John Edwards mögen durch ihre Abschlußreden zum Ende des Demokratischen Parteitages in Boston am 28. und 29. Juli ihre eigenen Parteimitglieder von sich überzeugt haben – aber die Präsidentschaftswahlen am 2. November haben sie damit noch nicht für sich entschieden. Obschon sich ca. 53% der wahlberechtigten Amerikaner einen neuen Präsidenten wünschen, zeigen doch die Umfragewerte, dass sich viele nicht sicher sind, ob John Kerry der richtige Kandidat ist. Diese Unentschlossenheit bei den Wählern zu beseitigen, war eines der Ziele des Demokratischen Parteitages in Boston. Doch nur ein Bruchteil der wahlberechtigten Bevölkerung hat sich die Fernsehübertragungen aus Boston überhaupt angesehen, da die Dramatik der diesjährigen Demokratischen Parteitagung dadurch verringert wurde, dass schon von vornherein feststand, wer der Demokratische Präsidentschaftskandidat und sein Vizepräsident sein würden, die gegen den amtierenden Republikanischen Präsidenten George W. Bush und den Vizepräsidenten Dick Cheney ins Rennen geschickt werden würden.

Nun beginnt in den verbleibenden Wochen bis zur Präsidentschaftswahl die eigentliche Arbeit für John Kerry (Senator in Massachusetts) und John Edwards (Senator in North Carolina), nämlich die Wähler in sogenannten „swing-states“ der USA (u.a. Pennsylvania, West Virginia, Ohio, Florida, Louisiana, Georgia, Arkansas, New Mexico, Oregon, Minnesota, Wisconsin, Michigan, Iowa, Washington) aufzusuchen, die keine langjährige Wahltradition entwickelt haben, was den Kandi-

daten für das Weiße Haus betrifft. In diesen ca. 17 Staaten muss es John Kerry und John Edwards gelingen, die noch unentschiedenen Wahlberechtigten zu überzeugen, dass die Wahl eines demokratischen Präsidenten im täglichen Leben für sie einen Unterschied macht und es wichtig ist, überhaupt erst zu den Urnen zu gehen, denn bei den letzten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 lag die Wahlbeteiligung bei lediglich 50%.

Den Unterschied zwischen den demokratischen Kandidaten und der amtierenden Regierung klar heraus zu arbeiten, wird die größte Schwierigkeit sein, die jetzt vor den demokratischen Kandidaten liegt. Die Argumente, die John F. Kerry und John Edwards anführen, um noch unentschlossene Wähler von sich zu überzeugen, sind dieselben Themen, die auch von den Republikanern – mit unterschiedlichen Argumenten - für sich ausgeschlachtet werden: Die Wirtschaft zu stärken und neue Arbeitsplätze zu schaffen bzw. existierende Arbeitsplätze im Land zu halten, die Steuern zu senken, die Reform des ungleichen und zu teuren Gesundheitssystems voran zu treiben, den Zugang zu bezahlbarer Bildung für alle zu ermöglichen, der Schutz des eigenen Landes gegen den Terrorismus, der Aufbau eines demokratischen Irak und dauerhafter Frieden im Nahost-Konflikt. Der Wahlkampf hierzulande wird jedoch nicht mit außenpolitischen Themen gewonnen, was viele Europäer enttäuschen mag, die den Parteikongress in Boston verfolgt haben. Die entscheidenden Unterschiede der beiden Präsidentschaftskandidaten liegen vielmehr in jenem Bereich, der in Europa bei Wahlen eine

**Constanze
Stropp**

Wie die SPD in Deutschland werden die Demokraten in den USA sich fragen müssen, worin der Grund für die Existenz ihrer Partei besteht. Politik als Aneinanderreihung von Wahlen zu sehen, reicht nicht aus.



Der Herausforderer: Frei von Werten und Visionen?

wohl eher untergeordnete Rolle spielt, im Bereich der „Werte“. Werte wie die Religion und die Rolle der Familie spielen insbesondere für die Wähler im ländlichen Bereich eine überragende Rolle. Wie oft der Präsident in die Kirche geht, wie oft er pro Tag betet, ob er sich gegen oder für die homosexuelle Ehe ausspricht – all dies sind Fragen, die über das Sein oder Nicht-Sein des künftigen Präsidenten entscheiden. Für die Masse der ländlichen Wählerschaft – nicht so sehr für die Wähler der Ost- und Westküste – ist es wichtig einen Präsidenten zu haben, mit dem sie sich identifizieren können. Und hier liegt das Imageproblem von John Kerry: Seine Reden sind intellektuell, er zeigt keine tiefen religiösen Emotionen und, er wurde sogar von seiner ersten Frau geschieden. John Kerry wirkt noch zu oft wie ein politischer Roboter, der zwar vorgibt, sich in die Probleme der Mitbürger hineinversetzen zu können, der aber doch nur seinen eigenen, ehrgeizigen Plänen nachgeht, der auf Eliteschulen studiert hat und sich in zweiter Ehe mit der millionenschweren Erbin des Heinz-Ketchup Imperiums verbunden hat.

Um dieses Imageproblem zu beheben, hat John Kerry nicht nur den charmanten John Edwards als seinen Vizepräsidenten ausgewählt. Er hat auch einen Dokumentarfilmproduzenten engagiert, der von keinem geringeren als Steven Spielberg empfohlen wurde: James Moll. Seine Aufgabe ist es, einen Film zu produzieren, der unentschiedenen Wählern helfen soll, den Mensch John Kerry besser einzuschätzen. So lässt sich auch erklären, dass die Familienmitglieder von John Kerry so eng in den Wahlkampf eingebunden wurden und seine zwei leiblichen Töchter aus erster Ehe unter denen waren, die John Kerry der Parteiversammlung vorgestellt haben.

Doch nicht nur der Familienvater John Kerry wurde der Öffentlichkeit präsentiert, auch seine Verdienste im Vietnamkrieg wurden gepriesen,

was bei einer an sich als pazifistisch geltenden Partei wie den Demokraten nur vor dem Hintergrund des Krieges im Irak zu verstehen ist. Und es ist gerade dieser Krieg im Irak und der fortdauernde „Krieg gegen den Terrorismus“, der es für John Kerry so schwer machen wird, den Wahlkampf für sich zu entscheiden. Viele der noch unentschiedenen Wähler sehen den Texaner Bush als den standfesteren Präsidenten, der von einem einmal eingeschlagenen Kurs nicht mehr abweicht. Obschon weder der amtierende Präsident George W. Bush noch sein Vizepräsident Dick Cheney ihr Heimatland jemals verlassen haben, um an einem Krieg teilzunehmen, bedienen sie sich doch einer aggressiven Rhetorik. Hier muss der besonnene John Kerry zeigen, dass, um es mit den Worten von Bill Clinton zu sagen, „Weisheit und Stärke sich nicht gegenseitig ausschließen“.

Etwas haben die Demokraten dem Präsidenten Georges W. Bush allerdings zu verdanken: Noch nie waren sie so einig und standen so entschlossen hinter ihrem Präsidentschaftskandidaten wie bei dieser Parteiversammlung in Boston. Von Al Gore über Jimmy Carter, von Bill und Hillary Clinton bis hin zu Ted Kennedy, alle sind sich einig, dass es eine zweite Amtszeit für Georges W. Bush zu verhindern gilt. Hierzu bedarf es umfangreicher finanzieller Mittel, um die Werbekampagnen – vor allem im Fernsehen – zu bezahlen. Bereits im Vorfeld seiner Nominierung zum Kandidaten der Demokraten hat John Kerry US\$ 80 Millionen ausgegeben, jedoch gleichzeitig US\$ 214 Millionen für seine Wahlkampfkampagne gesammelt. Hinzu kommen noch US\$ 74,7 Millionen an Bundesmitteln, die sowohl die Demokratische als auch die Republikanische Partei erhalten, um damit ihren Wahlkampf zu bestreiten. An Geld dürfte es den Kandidaten und der Partei damit nicht mangeln.

Woran es allerdings zu mangeln scheint, ist dem Wähler eine überzeugende Vision für eine bessere Zukunft in (US) Amerika vor Augen zu führen. Weder John Kerry noch anderen Rednern auf dem Parteikongress in Boston ist es gelungen, eine zukunftsorientierte neue Richtung für die Demokratische Partei zu artikulieren. So wie es zuletzt Bill Clinton 1992 zustande gebracht hat, die Demokratische Partei in den Mittelpunkt wirtschaftlicher Fragen zu stellen („It’s the economy, stupid“), so muss es John Kerry 2004 gelingen, sich – und die Partei – zum Vordenker und Problemlöser des sorgenvoll in die Zukunft blickenden Mittelstandes zu machen. Ob die eingängige Wiederholung seiner Qualität als Kapitän eines kleinen Militärbootes vor 30 Jahren in Vietnam ausreicht, bleibt abzuwarten. Ebenfalls abzuwarten bleibt der Erfolg seiner gerade begon-

Etwas haben die Demokraten dem Präsidenten Georges W. Bush zu verdanken: Noch nie waren sie so einig und standen so entschlossen hinter ihrem Präsidentschaftskandidaten.

nenen „Glaube an Amerika“-Tour; an einen bestimmten Punkt werden den Worten auch konkrete Pläne folgen müssen.

Sollte es also dieses Jahr mit dem Wiedereinzug ins Weiße Haus für die Demokraten nichts werden, haben sich in jedem Fall schon andere, von althergebrachten Parteistrukturen unabhängige Denker zusammengetan, um gleich einem Unternehmensvorstand über Langzeitinvestitionen und Visionen nachzudenken. Das Modell ist den republikanischen konservativen „think tanks“ nachempfunden, in denen zum Beispiel die Notwendigkeit eines Präventivkrieges mit samt der entsprechenden Ideologie wiederbelebt wurde. Es mag absurd klingen, doch es mag durchaus nicht nur positiv für die Demokraten sein, wenn sie dieses Jahr wieder ins Weiße Haus einziehen sollten. Der Verlust des gemeinsamen Gegners Georges W. Bush kann dazu führen, dass den Visionären die Luft – und das Geld – ausgeht und sich das Gefühl einschleicht, dass doch eigentlich der Zustand der Partei gesund sei. Nur wenn John Kerry diese Wahl verliert, besteht

die Chance, dass es bei den Demokraten zu einer Nabelschau und damit einher gehenden grundlegenden Erneuerung kommen wird. Die Anzahl der seit jeher überzeugten demokratischen Wähler im Land nimmt stetig ab, was unter anderem daran liegt, dass das einstige Fundament der Demokratischen Partei, die weiße Arbeiterklasse, sich nunmehr im republikanischen Lager besser vertreten zu sehen scheint. Vergleichbar mit der SPD in Deutschland werden die Demokraten in den USA sich fragen müssen, worin der Grund für die Existenz ihrer Partei besteht, denn Politik als eine Aneinanderreihung von Wahlen zu sehen, reicht nicht aus.

Wer weiß, vielleicht bedeutet eine Niederlage bei den jetzigen Präsidentschaftswahlen einen Sieg für die Demokratische Partei als ganzes, denn an potentiellen Kandidaten für die nächsten Wahlkämpfe 2008/2012 mangelt es mit Sicherheit nicht. In Boston waren sie alle vertreten, von Hillary Rodham Clinton über Howard Dean bis hin zu Barak Obama, dem aufsteigenden kenianisch-amerikanischen Stern am Demokratischen Horizont.

Wohlfühlen in den eigenen vier Wänden...



- Naturfarben
- Tapeten und Wandbeläge
- Naturdämmstoffe
- Parkett, Teppichböden
- Türen
- Innenausbau
- Maschinenverleih

Öffnungszeiten:

Dienstag - Freitag
9 - 12 Uhr 14 - 18 Uhr
Samstag 9 - 12 Uhr 14 - 17 Uhr
Montag geschlossen



98, rue de Bonnevoie L-1260 Luxembourg
Tel. 49 65 51 Fax 40 23 03 info@biotop.lu www.biotop.lu